

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger...
für die Anzeiger die Postenstellen...
— Erhalten wertig...
Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Veröffentlichungen...
für die Anzeiger...
— Erhalten wertig...
Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 249

Donnerstag, den 24. Oktober 1929

24. Jahrgang

Schwierige Saarverhandlungen

politischen Probleme — Kohlen und Eisen — Wirtschaftspolitische Fragen

Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Rückgabe des Saargebietes, die zwischen den Außenministern Stresemann und Briand im Haag vereinbart wurden, haben immer noch nicht begonnen. Wohl stehen die Verhandlungsführer fest, daß nach allgemeiner Auffassung die Gewähr dafür besteht, daß die Verständigung erzielt wird. Der Führer der deutschen Delegation, Herr Simon, ist ein ausgewählter Kenner des Saargebietes und der französische Delegationschef, Herr Fontana, ist als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Saargebiete die wirtschaftlichen Belange des Saargebietes gleichfalls sehr gut.

Es mag paradox erscheinen, ist aber gleichwohl wahr, daß die Lösung der politischen Streitfragen aller Voraussetzungen nach am wenigsten Schwierigkeiten bereiten. Die französische Meinung ist heute schon hinreichend vorbereitet, daß Frankreich das Saargebiet in absehbarer Zeit vorbehaltlos an Deutschland herauszugeben muß. Ministerpräsident Briand ist offenbar gewillt, auf eine Volksabstimmung zu verzichten, da er sehr gut weiß, daß im Jahre 1935 eine Volksabstimmung im Saargebiet zu einem schweren Prestigeverlust für Frankreich führen würde. Es gibt nun einmal im Saargebiet nur imperatorische Franzosen. Nichts beweist dies deutlicher als die Zusammenlegung des Landesrates, des Parlaments der Saarländer, in dem trotz der größten französischen Anstrengungen auch nicht ein einziger francofreundlicher Abgeordneter sich befindet. Die französische Liga für Menschenrechte erklärte kürzlich in ihrer Denkschrift über das Saargebiet, daß eine Volksabstimmung durch den Völkerverbund eine ungeheure Blamage für Frankreich und eine schwere moralische und historische Niederlage bringen würde.

Wesentlich schwieriger wird die Bereinigung der wirtschaftlichen Fragen sein, die zwischen Deutschland und Frankreich hinsichtlich des Saargebietes stehen. Nach dem Friedensvertrag von Versailles ist das Eigentumsrecht an den Saargruben an Frankreich übergegangen, doch steht es uns frei, dieses Recht zurückzukaufen. Davon wird fraglos Gebrauch gemacht, aber die Höhe des Kaufpreises ist sehr umstritten. Der Preis ist nach oben hin begrenzt durch die Gusschreibungen der Reparationskommission für die Abtretung dieser Gruben und eine angemessene Entschädigung für den entgangenen Gewinn der Jahre 1930 bis 1935. Demgegenüber sind anzusehen, was die Franzosen durch Mangel an Reinvestitionen seitens und durch Abbau im Revier zugrunde richteten. Auf keinen Fall kann eine Gemeinschaftsverwaltung mit französischer Beteiligung in Frage kommen.

Dieses Anfinnen wird aus wohl erwogenen Gründen von der gesamten Saarbevölkerung abgelehnt. Zutreffend schreibt Wilhelm Schmelzer, Mitglied des Landesrates in Saarbrücken, daß ein politischer Ablehnungsgrund alle Kreise beherrscht: Das Saargebiet war von jeher rein deutsches Gebiet. Es ist ein unzerstörlicher Gedanke, daß durch irgendwelche wirtschaftlichen Maßnahmen Franzosen hier ansässig bleiben und durch ihre Anwesenheit eine national gemischte, doppelsprachige Oberschicht bilden helfen, die den einseitig deutschen Charakter des Saargebietes verwischen und es zu einem neuen Elsass machen würde. Eher mögen die Pariser Verhandlungen scheitern, als daß ein Franzose im Saargebiet maßgebenden Einfluß behält.

Wenn wir auch die Saargruben wieder erhalten, so bleiben doch mit einem Seroitui belastet, da der Versailles-Friedensvertrag Frankreich das Recht zuspricht, das Defizit seiner Kohlenversorgung in der Saar zu decken. Von einem eigenen Defizit wird man heute nicht mehr sprechen können, da die im Weltkrieg zerstörten französischen Kohlengruben längst wieder in Betrieb sind und eine Kohlenförderung aufweisen, die jene der Vorkriegszeit weit übertrifft. Es bleibt aber zu beachten, daß aus der Vorkriegszeit her eine enge Verbindung zwischen Saaroblen und lothringischer Industrie besteht und im letzten Jahrzehnt sich noch verstärkte. Der Kohlebergbau der Saaroblen an die lothringische Hüttenindustrie ist nämlich von 2,5 Millionen Tonnen im Jahre 1913 jetzt auf über 10 Millionen Tonnen Kohle gestiegen. So sehr die lothringische Hüttenindustrie auf die Saaroblen angewiesen ist, ebenso sehr benötigt die saarländische Hüttenindustrie die lothringische Kohlen. Die Schwierigkeiten, beim Austausch von Kohle und Minette ein für beide Teile annehmbares Abkommen zu treffen, liegen in den Lieferungsbedingungen und in der Preisfrage. Es muß als ausgeschlossen gelten, daß die französische Hüttenindustrie Saaroblen zu einem billigeren Preise als die deutsche Industrie erhält. Demgemäß sind eine Reihe langfristiger Verträge, die von den lothringischen Hütten mit der französischen Verwaltung der Saargruben geschlossen wurden, einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen.

Die meisten Schwierigkeiten werden jedoch die wirtschaftspolitischen Fragen machen. Frankreich verfuhr sich schon jetzt dadurch eine gute Verhandlungsbasis zu schaffen, daß es seine wirtschaftlichen Interessen und Anlagen im Saargebiet möglichst hoch in Anschlag bringt. An den Banken, in Versicherungsanstalten, Metall- und Erzwerken, Elektrizitätswerken usw. soll nach Lucien Romier das französische Privatkapital nicht weniger als 1,8 Milliarden Franken angelegt haben. Der deutsch-saarländische Handel wird übertrieben Weise mit 2 Milliarden Franken angegeben. Dieser Handel soll Frankreich einen jährlichen Gewinn von 800 Millionen Franken bringen. Im Falle der Rückgabe des Saargebietes allein für 300 Millionen Franken Waren jährlich in Frankreich einkaufen. Insgesamt, behauptet man, ist der deutsch-saarländische Handel für Frankreich gleichbedeutend mit dem deutsch-italienischen Handel.

Nach den letzten Meldungen aus Paris erstrebt die französische Regierung für die nächsten fünf Jahre ein Uebereingangs-

Sturz des Kabinetts Briand

Das Kabinett Briand ist gestern abend um 7¼ Uhr in der Kammer gestürzt worden. Der Antrag der Radikalen, die Debatte über die außenpolitische Interpellation auf den 15. November festzusetzen, gegen den Briand die Vertrauensfrage stellte, wurde mit 288 gegen 277 Stimmen angenommen. Das Kabinett ist somit mit 11 Stimmen in der Minderheit geblieben und hat den Saal verlassen.

Unter der Ueberschrift „Angeklärte Lage“ schreibt die „Vermaniana“ (Str.) zu dem Sturz des Kabinetts Briand: In der gestrigen Kammerverhandlung trat sich die Nichtstimmung der Linken mit derjenigen der äußersten Rechten. Dieser Konflikt von beiden Flügeln her geht, daß die Situation nach dem Sturz des Kabinetts Briand kaum nach einem einheitlichen Gesichtspunkt gebildet werden kann. Die parlamentarische Situation in der französischen Kammer bietet Spielraum genug für mehrere Kombinationen. Es bleibt abzuwarten, ob die Krise sozusagen mit einer Umbildung des Kabinetts Briand auf breiter parlamentarischer Basis endet, wie sie ja ohnedies nach der Erledigung der schwebenden politischen Probleme beabsichtigt war. — Im Berliner Tageblatt wird gesagt: Das gestürzte Kabinett Briand war das zwölfte, das Briand gebildet hatte. Er hatte nach dem Abtritt Poincarés erklärt, daß sein Ministerium nur ein Ferienkabinett sein werde. Diese Voraussage ist jetzt wirklich eingetroffen. Das Kabinett ist tatsächlich nur zweimal vor der Kammer erschienen: am 11. Juli, dem Tage seiner Bildung und des Endes der ordentlichen Parlamentssitzung am 22. Oktober, dem Tage seines Sturzes und Beginnes der außerordentlichen Session.

Im „Vorwärts“ (Soz.) wird gesagt: Briand hätte in der Kammer Harde bekennen, das heißt, von seinen Mitarbeitern auf der Rechten abdrücken müssen. Er hat es vermeiden wollen und ist darüber gestürzt. Nach der Logik des parlamentarischen Systems müßte eigentlich als Folge des gestrigen Sieges der Linken ein Rückzug nach links eintreten. Aber — es gibt ein Aber, mit dem man sich ernsthaft auseinandersetzen muß: Eine Mehrheitsbildung nach links ist heute, genau wie im Jahre 1924, nur möglich mit Hilfe der französischen Sozialisten. Die Mehrheit der sozialistischen Fraktion ist zweifellos für aktive Regierungspolitik, die Mehrheit der linken Parteitagsschleuse ist dagegen. In England regiert die Arbeiterpartei, in Deutschland ist die Sozialdemokratie die weitaus stärkste Fraktion der Reichskoalition. Es wäre jedenfalls für die Arbeiterklasse aller europäischen Länder ein Tag der Freude, der Hoffnung und des Stolzes, an dem man verkünden könnte, daß nunmehr auch und gleichzeitig in Frankreich der Sozialismus den Anspruch auf den Teil der Macht erhebt, der ihm nach seiner Stärke und nach der geistigen Bedeutung seiner Führer gebührt.

Die „Vossische Zeitung“ (Dem.) erklärt: Eine der unmittelbaren Konsequenzen der Regierungskrise auf außenpolitischem Gebiet dürfte eine neue Verschiebung der Saarverhandlungen beauftragte interministerielle Ausschuss hat erst gestern seine Arbeiten beendet, so daß die Regierung noch nicht Gelegenheit hatte, dazu Stellung zu nehmen. Diese sollte im nächsten Ministerrat erfolgen. Bis das neue Kabinett in der Lage sein wird, darüber Beschluß zu fassen, wird es mindestens ein bis zwei Wochen dauern. Der Briands Nachfolger werden wird, darüber sind im Augenblick kaum mehr als Vermutungen möglich. In parlamentarischen Kreisen gilt nach wie vor Tardieu als der aussichtsreichste Kandidat. Das Moment der Ueberrumpfung, das bei Ausbruch der Krise eine so große Rolle gespielt hat, könnte allerdings auch ihre Lösung in unvorhergesehener Weise beeinflussen. Ebenfalls hofft man, daß wie immer auch das neue Kabinett zusammengesetzt sein wird, Briand die Leitung der auswärtigen Politik beibehalten wird.

In dem Pariser Bericht des Berl. Lokal-Anzeigers (Dnl.) heißt es: Das Kabinett Briand ist das Opfer seiner eigenen zweigutigen Außenpolitik geworden. Eine reine Linksregierung kommt nicht in Frage, da in dieser Kammer die Rechtsparteien die absolute Mehrheit haben. Theoretisch ist also eine reine Rechtsregierung möglich, wird aber wenig wahrscheinlich sein. Sollten die Radikalsozialisten jede Regierungsbeteiligung ablehnen, so bleibt eben nur die Wiederherstellung der gegenwärtigen Koalition mit einer leichten inneren Verschiebung nach rechts übrig. Sollte Briand an dieser Aufgabe scheitern, so wird wahrscheinlich Tardieu berufen werden. Ob Briand freilich in seinem Kabinett das Außenministerium beibehalten wird, ist zweifelhaft.

Die „Deutsche Tageszeitung“ (Dnl.) erklärt: Die starke Beteiligung rechtsstehender Abgeordneter an dem Mißtrauensvotum gegen Briand, trotzdem die Rechte zur Koalition gehört, gibt zu denken und muß vor allem in Deutschland Beunruhigung hervorrufen. Da es sich im Grunde doch um Briands Außenpolitik, also vor allem auch um die Räumung handelte, und da Briand für die Fortführung dieser Politik auch weiterhin bedingungslos Vertrauen verlangte, bedeutet die Ablehnung dieser Forderung auch zunächst ein Entgegenstellen der unbedingten Kontinuität des französischen Regierungskurses. Es hat durchaus den Anschein, als sei in Frankreich die Zeit stabiler Kabinette, wie sie das „Regime Poincaré“ kennzeichnete, wieder vorbei. Briands Ministerpräsidentenschaft hat diesmal nur etwa drei Monate gedauert. Damit kann Frankreich aber unter Umständen auch wieder ein äußerst unsicherer, wechselnder Verhandlungspartner für Deutschland werden.

Geheimnisse der italienischen Botschaft

Der gestohlene Chiffrier-Schlüssel — Die geheimnisvolle Frau

In der Berliner Gesellschaft werden seit einigen Wochen geheimnisvolle Vorgänge besprochen, die sich in der italienischen Botschaft zugetragen haben. Seit Juni ist eine Umbesetzung der ganzen Berliner Botschaft Italiens im Gange. Zuerst wurde der Botschaftsrat Rocco abberufen, vier Wochen später folgte der Botschaftsrat Vertele und zwei Wochen später die beiden anderen Botschaftsräte. Jetzt hat auch Botschafter Graf Adrovandi einen längeren Urlaub angetreten. Außenminister Grandi hat wohl seine persönliche Anwesenheit in Rom gewünscht und wohlunterrichtete Leute wollen wissen, daß er nicht wieder nach Berlin zurückkehren wird. Das Gerücht freilich, daß er bereits in einem geheimen Verfahren verurteilt und zur Verbüßung seiner Strafe auf eine einsame Insel verbannt wurde, ist eine unbegründete Uebertreibung.

Tatsache dagegen ist, daß in letzter Zeit das Chiffrierbuch der italienischen Botschaft auf geheime Weise verschwinden ist. Ob die Mitglieder der Botschaft den Diebstahl nicht sofort merkten, ob sie nicht sogleich nach Rom Mitteilung machten oder ob sie sonst einen Unterlassungsfehler begingen, steht dahin. Dagegen hört man, daß der Vertrauensbruch schon einige Zeit zurückliegt und maßgebende Herren der italienischen Botschaft verzwweifelte Anstrengungen machten, um wiederum in den Besitz des gestohlenen Chiffrierbuches zu kommen. Viel Geld und Mühe soll vergebens verbraucht worden sein.

Der diplomatische Klatsch weiß überdies zu berichten, daß bei dem Diebstahl des Chiffrierbuches eine Frau die Hand im Spiele hatte. Die Dame ist nach einigen Schilderungen eine faszinierende Blondine, nach anderen eine schöne dunkle Frau nicht mehr ganz jugendlichen Alters. Andere wollen wissen, daß es sich um eine berühmte Argentinierin handelte, die in diesem Sommer verschiedentlich eine gesellschaftliche Rolle gespielt hat und offensichtlich im Dienste einer fremden Macht steht. Das Rätselraten um diese Nacht ist beargwöhnend jetzt gewaltig im Schwunge.

Auf der italienischen Botschaft fährt jetzt der vor kurzem ernannte Botschaftsrat Eleonardi die Geschäfte. Ihm ist begreiflicherweise nicht bekannt, daß Graf Adrovandi seinen Posten verlassen wird. Dagegen hält sich in der diplomatischen Welt mit großer Bestimmtheit das Gerücht, daß der italienische Botschafter in Berlin bereits abberufen ist und seinen Posten nicht wieder sehen wird. Als sein Nachfolger wird bereits der gegenwärtige Botschafter in Moskau, Graf Cerutti, genannt. Von anderer Seite wird gemeldet, daß Graf Luca Orsini-Baroni, der bisherige italienische Botschafter in Konstantinopel, demnächst nach Berlin abberufen wird. Wer immer auch italienischer Botschafter in der deutschen Reichshauptstadt wird, für uns ist von ausschlaggebender Bedeutung, daß der ganze Personalwechsel keine politischen Hintergründe hat, sondern auf innere Vorgänge in der italienischen Botschaft und verfassungspolitische Maßnahmen zurückzuführen ist.

regime, das Frankreich all die handels- und sozialpolitischen Vorteile sichert, die sich aus dem gegenwärtigen Zustande ergeben. Für die frühere Räumung des Saargebietes ohne Volksabstimmung scheint die französische Regierung aber darüber hinaus aus eine statische Reihe bauender Sonderverträge zu fordern, die geeignet sind, die bevorstehenden Verhandlungen ungeheuer zu erschweren. Die bedeutendsten dieser Forderungen sind, geht schon

daraus hervor, daß man in Paris selbst mit dem Gedanken spielt, das Saargebiet zu einer Freizone zu gestalten. Für uns steht jedenfalls eines fest: Eine Verständigung über das Saargebiet ist für die deutsch-französische Annäherung unerlässlich. Die Saar wird der Prüfstein für die Aufrichtigkeit dieser deutsch-französischen Annäherung sein. So die französische Liga für Menschenrechte.